



KT/04/2017

Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Kreistages
am Freitag, dem 15.12.2017, 16:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:47 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Landrat Detlev Kohlmeier
Frau KTA Heidrun Kuhlmann, 31628 Landesbergen
Frau KTA Annegret Trampe, 31603 Diepenau
Frau KTA Gerlinde Harms-Hentschel, 31592 Stolzenau
Herr stellv. Landrat Maik Beermann, 31634 Steimbke
Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe
Herr KTA Werner Dralle, 31547 Rehburg-Loccum
Herr KTA Lucas Engelking, 31633 Leese
Herr KTA Tim Hauschildt, 31582 Nienburg
Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmesen
Herr KTA Tim Höper, 31637 Rodewald
Herr KTA Rüdiger Kaltoven, 31604 Raddestorf
Herr KTA Lothar Kopp, 31595 Steyerberg
Herr KTA Heinrich Kruse, 31592 Stolzenau
Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen
Herr KTA Stefan Meyer, 27333 Bücken
Herr KTA Alfred Plate, 31618 Liebenau
Herr stellv. Landrat Dr. Frank Schmäddeke, 31622 Heemsen
Frau KTA Barbara Weißenborn, 31582 Nienburg
Frau KTA Anja Altmann, 31582 Nienburg
Herr KTA Andreas Cordes, 31622 Heemsen
Frau KTA Cornelia Feske, 31582 Nienburg
Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe
Frau KTA Insa Höltke, 31618 Liebenau
Herr KTA Gerd Linderkamp, 31595 Steyerberg
Herr KTA Klaus Niepel, 31618 Liebenau
Herr KTA Horst Prüfer, 31582 Nienburg

Frau KTA Uta Sievers, 31600 Uchte
 Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald, bis 17.20 Uhr (TOP 3)
 Herr stellv. Landrat Grant Hendrik Tonne, 31633 Leese
 Frau KTA Marja-Liisa Völlers, 31547 Rehburg-Loccum
 Frau KTA Heide Wirtz-Naujoks, 27318 Hoya
 Herr KTA Dr. Burkhard Bauer, 31600 Uchte
 Herr KTA Abdel-Karim Iraki, 31582 Nienburg
 Frau KTA Viktoria Kretschmer, 31582 Nienburg, ab 16.15 Uhr (TOP 2)
 Frau KTA Rita Schnitzler, 31608 Marklohe
 Herr KTA Thomas Köhler, 31638 Stöckse
 Herr KTA Christian Libbe, 27318 Hilgermissen
 Herr KTA Colm Ó Toráin, 31582 Nienburg
 Herr KTA Lukas Schneider, 31609 Balge
 Herr KTA Johann Hustedt, 27318 Hilgermissen
 Herr KTA Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg
 Herr KTA Frank Podehl, 31582 Nienburg
 Herr KTA Jörg Hille, 31608 Marklohe
 Herr KTA Heinrich Werner, 31582 Nienburg

Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Klein
 Herr Kreisrat Lutz Hoffmann
 Herr KVOR Torsten Röttschke
 Frau Petra Bauer, Gleichstellungsbeauftragte
 Frau KVR Gun Dachs, Fachbereich Finanzen
 Frau Christine Graubohm, Vorzimmer des Landrates
 Herr KAR Cord Steinbrecher, Büro des Landrates

als Stenotypistin
 als Protokollführer

Zuhörerinnen/Zuhörer

41

Presse

Herr Stüben, Die Harke
 Herr Keßler, Radio Mittelweser

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Wilhelm Schlemmermeyer, 31582 Nienburg

KT-Vors. Kuhlmann eröffnet um 16:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der heimischen Presse sowie die zahlreichen Zuschauer auf der Tribüne und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Kreistages sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 20.10.2017
- TOP 2: Antrag der Jägerschaft des Landkreises Nienburg/Weser auf Absenkung der Jagdsteuerhebesätze
2017/244/1
- TOP 3: Haushalt 2018
2017/198/1
- TOP 4: Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für den Ausbau des Dachgeschosses und Errichtung einer Ausgabeküche für das Ganztagschulangebot der Grundschule Steimbke
2017/196/1
- TOP 5: Abschluss einer Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst ab 1. Januar 2018 gem. § 15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes
2017/205
- TOP 6: Umsetzung der EU-Richtlinie INSPIRE
2017/221
- TOP 7: Umsetzung der europäischen Richtlinie zu Vogelschutzgebieten / Natura 2000: Vogelschutzgebiet "Diepholzer Moorniederung" (V 40); hier: Erlass der I. Änderungsverordnung zur Verordnung über das Naturschutzgebiet HA 208 "Uchter Moor" in der Samtgemeinde Uchte
2017/227
- TOP 8: Abfallgebührensatzung
2017/247

- TOP 9: Ernennung der Brandschutzabschnittsleiter Nord und Süd im Landkreis Nienburg/Weser **2017/245**
- TOP 10: Annahme der Zuwendungen durch den Kreistag **2017/232/1**
- TOP 11: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 11.1: Mitteilungen/Anfragen;
hier: Gutenbergschule Hoya
- TOP 12: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
- TOP 12.1: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde;
hier: Erhalt der Gutenbergschule Hoya

Zur Beglaubigung:

Die Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat
gez. Kuhlmann	gez. Steinbrecher	gez. Kohlmeier
Kreistagsvorsitzende	Kreisamtsrat	Kohlmeier



Protokoll zu TOP 1

15.12.2017

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 20.10.2017

Beschluss:

Der Kreistag genehmigt das Protokoll aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 20.10.2017.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 5 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 2

2017/244/1

15.12.2017

Antrag der Jägerschaft des Landkreises Nienburg/Weser auf Absenkung der Jagdsteuerhebesätze

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Jagdsteuer wird ab 01.04.2018 von 12 v. H. des Jagdwertes auf 6 v. H. des Jagdwertes abgesenkt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Jagdsteuersatzung neu zu fassen.

Die Richtlinie über die Förderung von Maßnahmen der Kreisjägerschaft Nienburg e. V. wird ab 2018 aufgehoben.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 41 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen -- Enthaltungen

Beratungsgang:

Stellv. Landrat Dr. Schmädeke kündigt für seine Fraktion an, den Antrag zu unterstützen. Die Leistungen der Kreisjägerschaft könnten pro Jahr mit ca. 120.000 Euro beziffert werden. Vor dem Hintergrund der afrikanischen Schweinepest und der Bejagung der Nutria kämen weitere Aufgaben auf die Jägerschaft zu.

KTA Dr. Bauer erklärt, ihn interessiere eine Aufstellung der Leistungen der Jägerschaft, insbesondere vor dem Hintergrund der nun beantragten Absenkung der Jagdsteuer.

Hinsichtlich der afrikanischen Schweinepest regt er an, abzuklären, ob und wie viele Proben überhaupt zur Überprüfung eingesandt worden seien. Die östlichen Bundesländer seien stärker betroffen. Im Landkreis Nienburg solle man sich auf die Überwachung beschränken.

Außerdem schläge er vor, vor einer Absenkung der Jagdsteuer zunächst in Form eines runden Tisches das Gespräch mit den im Landkreis Nienburg aktiven Naturschutzverbänden und der Kreisjägerschaft zu suchen.

KTA Linderkamp spricht sich für eine Absenkung der Jagdsteuer aus. Die finanziellen Auswirkungen hielten sich in Grenzen. Die Kreisjägerschaft leiste weit mehr als sich das in Zahlen ausdrücken lasse.

KTA Hille beschreibt den vorliegenden Antrag als sehr zurückhaltend. Die Jägerschaft hätte eine höhere Wertschätzung verdient.

Er stelle daher den Antrag, die Jagdsteuer auf 0 % abzusenken.

Stellv. Landrat Dr. Schmäddeke erklärt, die Schweinepest müsse ernst genommen werden. Wenn die Seuche erstmal im Landkreis Nienburg angekommen sei, sei auch mit toten Hausschweinen zu rechnen.

KTA Heineking lehnt die Absenkung der Jagdsteuer auf 0 % ab. Darüber ließe sich zukünftig sicherlich noch einmal sprechen. Er halte die jetzige Umsetzung angesichts der bereits länger geführten Diskussionen für falsch.

KTA Leseberg weist darauf hin, dass die heutige Argumentation auch in den letzten Jahren bereits gestimmt habe. Er wundere sich, warum sich nun plötzlich Mehrheiten für einen solchen Vorschlag finden ließen. Seine Fraktion werde zustimmen.

KTA Werner spricht sich erneut dafür aus, nicht auf der halben Stufe stehen zu bleiben. Stattdessen solle die Jagdsteuer auf 0 % gesenkt werden. Die Jäger leisteten wertvolle Arbeit, die auch entsprechend gewürdigt werden sollte.

KTA Dr. Bauer stellt klar, der Runde Tisch sei eigentlich nur dazu da, um evtl. Naturschutzmaßnahmen mit den hier vor Ort anerkannten Naturschutzverbänden zu diskutieren. Es gehe um Naturschutzmaßnahmen, da sollten alle Naturschutzverbände mitreden.

Der Antrag der F.D.P-Fraktion, die Jagdsteuer auf 0 % abzusenken, wird mit 41 Nein-Stimmen und 5 Ja-Stimmen abgelehnt.



Protokoll zu TOP 3

2017/198/1

15.12.2017

Haushalt 2018

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Kreisumlagesätze werden auf 51,5 v. H. der Steuerkraft und 45,5 v. H. von 90 v. H. der Schlüsselzuweisungen festgesetzt.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2018 in der jetzt vorliegenden Fassung werden beschlossen.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 32 Ja-Stimmen 14 Nein-Stimmen -- Enthaltungen

Beratungsgang:

Landrat Kohlmeier weist darauf hin, dass der Landkreis Nienburg aufgrund der gesamtwirtschaftlich positiven Ausgangslage in diesem Jahr sehr gute Rahmenbedingungen vorgefunden habe.

Ohne diese guten Rahmenbedingungen wäre vieles nicht möglich gewesen. Trotz aller positiven Vorzeichen sei die Aufstellung des Haushaltes alles andere als einfach.

Der Landkreis finanziere sich größtenteils über die Erhebung der Kreisumlage. Wegen der guten Haushaltslage sei die Kreisumlage im Jahr 2017 um drei Prozentpunkte gesenkt und damit die finanzielle Lage der kreisangehörigen Kommunen deutlich verbessert worden. Bereits zum damaligen Zeitpunkt sei klar gewesen, dass diese Absenkung nicht auf Dauer erfolgen könne. Insbesondere nicht vor dem erheblichen Stand der investiven Verschuldung des Landkreises. Die investive Verschuldung werde in den nächsten Jahren perspektivisch noch anwachsen. Die Verwaltung schiebe derzeit ein Investitionspaket in Höhe von über 100 Millionen Euro vor sich her. Hier stelle sich die Frage der Finanzierbarkeit.

Er plädiere vor diesem Hintergrund für einen verantwortungsbewussten Umgang mit den anstehenden Projekten. Anfang 2018 wolle er mit der Politik in den Dialog eintreten. Dabei müsste auch die Frage, was sich der Landkreis mit welcher Priorität leisten könne, geklärt werden.

KTA Linderkamp stimmt den Ausführungen des Landrats zu. Die anstehenden Projekte seien nur realisierbar, wenn eine längerfristige, solide Finanzplanung zugrunde gelegt werde.

KTA Bergmann-Kramer zeigt sich angesichts der anstehenden Investitionen beeindruckt. Er warne allerdings vor Übermut. Die jetzt zu günstigen Konditionen aufgenommenen Kredite müssten auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten noch zurückzahlbar sein. Seine Fraktion werde den Haushalt so mittragen.

KTA Leseberg zeigt sich von der Vorgehensweise der Mehrheitsfraktionen hinsichtlich der Haushaltsaufstellung getroffen. Bereits in der Finanzausschusssitzung sei das heutige Ergebnis präsentiert worden. Er wolle nicht nur abnicken, was die beiden großen Parteien alleine beschlossen hätten.

Vor dem Hintergrund der vermuteten Gebührenfreiheit für den Besuch des Kindergartens beantrage er, einen Betrag in Höhe von 2,5 Millionen Euro für die Kommunen zur Verfügung zu stellen. Er beantrage weiterhin namentliche Abstimmung.

KTA Hille kommt auf die ProInvest-Mittel zu sprechen.

Zwischenzeitig habe sich die seinerzeit von CDU und SPD beschlossene Anhebung der Mittel auf 500.000 Euro als wenig sinnvoll erwiesen. Seine Fraktion habe im Nachhinein Recht behalten. Selbst die nun wieder vorgesehenen 250.000 Euro seien angesichts kaum abfließender Gelder zu viel.

Zur Kreisumlage stellt er klar, dass seine Fraktion von Beginn an eine andere Lösung bevorzugt hätte. Eine geringere, dafür aber dauerhafte Absenkung habe seine Fraktion für sinnvoller gehalten.

Durch die stärkere Senkung der Kreisumlage fehle das Geld zur Finanzierung der Kredite. Er beantrage daher, die Senkung der Kreisumlage an der Stelle zurückzunehmen.

KTA Schnitzler zeigt sich über die Vorgehensweise der Mehrheitsfraktionen irritiert. Sie hoffe, dass nicht irgendwann alle Ausschusssitzungen überflüssig werden würden. Einem Haushalt, der eine moderate Senkung der Kreisumlage oder besser noch eine direkte Unterstützung der Kommunen in der Kinderbetreuung vorgesehen hätte, hätte ihre Gruppe gerne zugestimmt.

Vorgehensweise und inhaltliche Gründe hätten ihre Gruppe jedoch dazu bewogen, den Haushalt abzulehnen.

KTA Heineking erklärt, die höheren ProInvest-Mittel seien nur wegen des fehlenden Konzepts nicht in der Form abgerufen worden. Durch den Weggang von Frau Kupsch und der längerfristigen Erkrankung der zuständigen Verwaltungsmitarbeiter sei es zu den Verzögerungen gekommen. Daher sei es der richtige Weg gewesen,

die Mittel wieder auf das vorherige Niveau abzusenken. Das frei werdende Geld sei am besten im Erhalt der Kreisstraßen angesiedelt.

KTA Kurowski erklärt, auch das Thema Breitbandausbau habe in den Haushaltsberatungen einen großen Raum eingenommen. Ihr Dank gelte der Verwaltung, die sehr schnell den neuen Förderantrag vorbereitet habe. Nun sei die Verwaltung diesbezüglich auf einem guten Weg.

KTA Werner erinnert an die von seiner Fraktion gestellten Anträge zur Aufrechterhaltung von zwei Sozialarbeiterstellen. Damals seien die Stellen mit dem Hinweis, dafür sei das Land zuständig, abgelehnt worden. Er erwarte von der großen Koalition in Hannover nun auch, dass tatsächlich Sozialarbeiter eingestellt werden.

Erster Kreisrat Klein erklärt, die weitergehenden Anträge der WG setzten voraus, dass zunächst die Absenkung der Kreisumlage nicht stattgefunden habe. Daher sei zuerst darüber abzustimmen.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird mit 32 Nein-Stimmen und 14 Ja-Stimmen abgelehnt.

Der Änderungsantrag von Wählergemeinschaft und F.D.P. auf Beibehaltung der ursprünglichen Hebesätze für die Kreisumlage wird mit 32 Nein-Stimmen und 14 Ja-Stimmen abgelehnt.

Über den Antrag der Wählergemeinschaft, den Kommunen einen Betrag in Höhe von 2,5 Millionen Euro für die Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen, wurde nicht mehr abgestimmt.



Protokoll zu TOP 4

2017/196/1

15.12.2017

Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für den Ausbau des Dachgeschosses und Errichtung einer Ausgabeküche für das Ganztags-schulangebot der Grundschule Steimbke

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Samtgemeinde Steimbke wird für den Ausbau des Dachgeschosses der Grundschule Steimbke und die Errichtung einer Ausgabeküche eine Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG in Höhe von höchstens 52.333 € gewährt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KTA Höltke ist der Meinung, dank der finanziellen Zuwendungen aus der Kreisschulbaukasse, aber auch aufgrund guter und weitsichtiger Planungen von Verwaltung und Politik befänden sich die schulischen Einrichtungen des Landkreises in einem guten baulichen Zustand. Aufgrund sich ändernder Lebensmodelle sei der Ausbau von Ganztags-schulen weiterhin ein wichtiges Ziel der Schulpolitik. Sie bitte den Kreistag daher, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

KTA Bergmann-Kramer weist darauf hin, dass auch die Gemeinden in die Kreisschulbaukasse einzahlen.



2017/205

15.12.2017

Abschluss einer Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst ab 1. Januar 2018 gem. § 15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Entgeltvereinbarung mit Wirkung ab 01.01.2018 wird geschlossen.
Die Krankentransportwagen im Landkreis Nienburg werden ab 2018 mit mindestens einer Rettungssanitäterin oder einem Rettungssanitäter besetzt, wie es das Niedersächsische Rettungsdienstgesetz fordert.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Umsetzung der EU-Richtlinie INSPIRE

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Das Gremium stimmt einer Unterstützung der Kommunen durch den Landkreis Nienburg in der Umsetzung der EU-Richtlinie INSPIRE zu.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 7

2017/227

15.12.2017

**Umsetzung der europäischen Richtlinie zu Vogelschutzgebieten / Natura 2000:
Vogelschutzgebiet "Diepholzer Moorniederung" (V 40);
hier: Erlass der I. Änderungsverordnung zur Verordnung über das Naturschutzgebiet HA 208 "Uchter Moor" in der Samtgemeinde Uchte**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die I. Änderungsverordnung zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Uchter Moor“ in der Samtgemeinde Uchte wird beschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Stellv. Landrat Dr. Schmädke erklärt, der Landkreis sei auf einem guten Weg, bis Ende 2018 alle FFH- und Natura 2000 Gebiete in nationales Recht zu übertragen. Dies sei längst nicht in allen Kreisverwaltungen der Fall. Besonders wichtig sei ihm dabei gewesen, die jeweiligen Grundstückseigentümer auf diesem Weg mitzunehmen. Er bitte den Kreistag, so zu beschließen.



2017/247

15.12.2017

Abfallgebührensatzung

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der vom Verwaltungsrat des BAWN in seiner Sitzung am 02.11.2017 beschlossenen Neufassung der Abfallgebührensatzung wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 9

2017/245

15.12.2017

Ernennung der Brandschutzabschnittsleiter Nord und Süd im Landkreis Nienburg/Weser

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

- a) Herr Volker Brinkmann wird mit Wirkung vom 01.01.2018 zum Brandschutzabschnittsleiter I (Nord) ernannt und für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis des Landkreises Nienburg/Weser berufen.
- b) Herr Ralf Tiedemann wird mit Wirkung vom 01.01.2018 zum Brandschutzabschnittsleiter II (Süd) ernannt und für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis des Landkreises Nienburg/Weser berufen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



2017/232/1

15.12.2017

Annahme der Zuwendungen durch den Kreistag

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Annahme der Zuwendungen wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KVR Dachs bittet den Kreistag, eine weitere Spende anzunehmen:

- Der Förderverein der Oberschule Hoya e. V. spendet der Marion-Blumenthal-Oberschule Hoya Musikinstrumente und Zubehör für die Rockbandklassen im Wert von 4.715,93 Euro (17.359,43 Euro in 2017).



Protokoll zu TOP 11.1

15.12.2017

**Mitteilungen/Anfragen;
hier: Gutenbergschule Hoya**

Beratungsgang:

Erster Kreisrat Klein äußert sich zur Presseberichterstattung bzgl. der Gutenbergschule Hoya. Der in der Presseberichterstattung erweckte Eindruck, ab August 2018 könne dort wieder ein 5. Schuljahrgang eingeschult werden, sei extrem voreilig. Der Koalitionsvertrag halte an den Zielen der Inklusion fest und kündige an, dass die Schulträger eine Verlängerung der Förderschule LE beantragen können. Dazu bedürfe es einer Gesetzesänderung und voraussichtlich auch der Erfüllung weiterer Voraussetzungen. Des Weiteren bedürfe es der politischen Entscheidung des Kreistages, ob dieser Weg eingeschlagen werden solle. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es jedenfalls viel zu früh, eine Aussage dazu zu treffen.



Protokoll zu TOP 12.1

15.12.2017

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde; hier: Erhalt der Gutenbergschule Hoya

Beratungsgang:

Frau Patricia von der Behrens, Hoya, fragt, wieso der Beschluss soweit hinausgezögert werden solle. Nach den Sommerferien sei es zu spät.

Erster Kreisrat Klein entgegnet, die Verwaltung könne erst tätig werden, wenn die Rechtsgrundlagen geschaffen seien. Davon hänge der zeitliche Ablauf ab.

Frau Patricia von der Behrens, Hoya, erkundigt sich, wann er mit einer Rechtsgrundlage rechne.

Erster Kreisrat Klein erklärt, er wolle nicht über die Abläufe im Nds. Landtag spekulieren.

Frau Patricia von der Behrens, Hoya, fragt nach, ob es gewollt sei, dass in diesem Schuljahr nichts mehr passiere.

Erster Kreisrat Klein entgegnet, diese Unterstellung könne er nicht bestätigen. Die Verwaltung werde die offenen Fragen zeitnah klären, sobald die Voraussetzungen dafür vorlägen.

Herr Jens Notzke, Förderschule Rehburg, erklärt, er könne das Dilemma, in dem die Verwaltung stecke, nachvollziehen. Er warne jedoch eindringlich vor Entscheidungen, die gegen den Elternwillen liefen.

Landrat Kohlmeier entgegnet, das Thema genieße eine hohe Priorität. Herr Klein habe jedoch deutlich gemacht, warum eine formale Befassung mit dem Thema derzeit noch nicht möglich sei. Aussage des Landes sei, dass kurzfristig die Rahmenbedingungen beschrieben werden sollen, unter den ein Fortbestand der Förderschulen LE ermöglicht werden könne. Er bitte um Geduld.

Herr Hans Albrecht, Förderschule Hoya, ist der Meinung, bis Ende April müsse eine Entscheidung her, da dann die Anmeldefristen für die weiterführenden Schulen ablaufe. Er frage sich, ob es dem Kreistag nicht zumindest möglich sei, eine grundsätzliche Willensbekundung dazu abzugeben.

Landrat Kohlmeier erklärt, er halte dies für nicht sinnvoll.